

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 3788

[C – 2007/33054]

**4. JUNI 2007 — Dekret über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren
und über die psychiatrischen Pflegegewohnheime (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Begriffsbestimmung

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Senioren: Personen im Alter von mindestens 60 Jahren.
2. Bewohner: Personen, die in Anwendung vorliegenden Dekretes die unter Artikel 2 § 1 Nrn. 1, 2 und 7 und Artikel 2 § 2 beschriebenen Wohnstrukturen in Anspruch nehmen.
3. Nutznießer: Senioren, die die in Artikel 2 § 1 Nrn. 3, 4, 5 und 6 erwähnten Angebote in Anspruch nehmen.
4. Träger eines Betreuungsangebotes: jede natürliche oder juristische Person, die ein durch vorliegendes Dekret definiertes Betreuungsangebot gewährleistet.
5. Stellvertreter:
 - der gesetzliche oder der durch den Richter bezeichnete Vertreter des Bewohners einer Einrichtung;
 - der durch den Bewohner einer Einrichtung notariell bezeichnete Bevollmächtigte, mit Ausnahme der Personen, die in der Einrichtung, in der der Bewohner wohnt, tätig sind.
6. Fachabteilung: für den Bereich Gesundheit zuständige Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
7. Regierung: Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Anwendungsbereich

Art. 2 - § 1 - Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf nachfolgende Angebote im Bereich der Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen im Gebiet deutscher Sprache, nachstehend Betreuungsangebote genannt:

1. Altenwohnheim und Alten- und Pflegegewohnheim: Einrichtung, in der Senioren wohnen und Dienstleistungen der Pflege und des Begleitens, der medizinischen Betreuung sowie einen hauswirtschaftlichen Service erhalten.
2. Betreute Wohnung: Einrichtung, die Senioren in einem oder mehreren Gebäuden Einzelwohnungen sowie von den Bewohnern frei in Anspruch zu nehmende hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Beschäftigungsangebote und einen Interventionsservice bei Notruf durch Pflegepersonal des Altenwohnheimes oder des Alten- und Pflegegewohnheimes anbietet. Dauernde Pflegeleistungen dürfen nicht von dieser Einrichtung gewährleistet werden.
3. Tagesbetreuungsstätte: Einrichtung, in der Senioren tagsüber Begleitung und Beschäftigungsangebote sowie Mahlzeiten erhalten
4. Tagespflegestätte: Einrichtung, in der Senioren tagsüber Pflege, Begleitung und Beschäftigungsangebote sowie Mahlzeiten erhalten.
5. Nachtpflegestätte: Einrichtung, in der Senioren ausschließlich nachts Pflege und Begleitung erhalten.
6. Kurzzeitpflegeplätze: Dienstleistungsangebot in einem Altenwohnheim oder einem Alten- und Pflegegewohnheim, das die Beherbergung, die Pflege und die Begleitung von Senioren über einen Zeitraum von höchstens drei Monaten pro Kalenderjahr beinhaltet.
7. Seniorenresidenz: Einrichtung, die in einem oder mehreren Gebäuden barrierefreie Einzelwohnungen sowie von den Bewohnern organisiert oder frei in Anspruch zu nehmende hauswirtschaftliche Dienstleistungen anbietet. Pflegeleistungen dürfen nicht von dieser Einrichtung gewährleistet werden.

§ 2 - Vorliegendes Dekret ist ebenfalls anwendbar auf die durch den Königlichen Erlass vom 10. Juli 1990 geregelten psychiatrischen Pflegegewohnheime.

§ 3 - Die Angebote der häuslichen Versorgung fallen nicht in den Anwendungsbereich vorliegenden Dekretes.

§ 4 - Senioren, die von Personen betreut werden, die mit ihnen bis zum 3. Grad verwandt sind, fallen nicht in den Anwendungsbereich vorliegenden Dekretes. Darüber hinaus findet das Dekret keine Anwendung auf Personen, die höchstens 2 Senioren betreuen, insofern diese nachweislich keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgen.

KAPITEL II — Anerkennung, Genehmigung und vorläufige Anerkennung

Abschnitt 1 — Genehmigung

Art. 3 - Unbeschadet Artikel 9 muss der Träger eines Betreuungsangebotes oder eines psychiatrischen Pflegegewohnheimes in folgenden Fällen vor der vorläufigen Anerkennung bei der Regierung eine Genehmigung beantragen für:

1. die Schaffung beziehungsweise das Anbieten eines Betreuungsangebotes oder eines psychiatrischen Pflegegewohnheimes;
2. den Umbau oder die Inbetriebnahme eines bestehenden Gebäudes zwecks Schaffung beziehungsweise Anbieten eines Betreuungsangebotes oder eines psychiatrischen Pflegegewohnheimes;
3. die Änderung der Wohnkapazität eines bestehenden Betreuungsangebotes oder psychiatrischen Pflegegewohnheimes.

Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn das Vorhaben zum Zeitpunkt des Antrags Teil einer von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der Föderalregierung festgelegten Programmierung ist.

Die Genehmigung wird für eine Dauer von höchstens 3 Jahren erteilt.

Abschnitt 2 — Vorläufige Anerkennung

Art. 4 - § 1 - Der Träger eines Betreuungsangebotes oder eines psychiatrischen Pflegewohnheimes kann vor Ablauf der in Anwendung von Artikel 3 erteilten Genehmigung einen Antrag auf eine vorläufige Anerkennung stellen.

Die Regierung erteilt eine vorläufige Anerkennung, wenn die in Ausführung von Artikel 5 §3 festgelegten Bedingungen erfüllt sind. In besonders begründeten Fällen kann die Regierung bei der vorläufigen Anerkennung Abweichungen zu den von ihr festgelegten Bedingungen gewähren.

Die vorläufige Anerkennung gilt für eine Dauer von 6 Monaten und kann in besonders begründeten Ausnahmefällen für höchstens 6 weitere Monate verlängert werden.

§ 2 - Bei Umwandlung von anerkannten Altenwohnheimplätzen in Pflegewohnheimplätze kann die Regierung, ohne dem Träger zuvor eine vorläufige Anerkennung zuzusprechen, eine Anerkennung in Anwendung von Artikel 5 §2 Absatz 2 und §3 erteilen. Die Träger, die über Pflegewohnheimplätze auf Basis einer Umwandlung von Altenwohnheimplätzen verfügen, müssen sowohl die Normen, die der Anerkennung eines Altenwohnheimes als auch die Normen, die der Anerkennung eines Alten- und Pflegewohnheimes zugrunde liegen, erfüllen.

Abschnitt 3 — Anerkennung

Art. 5 - § 1 - Alle Träger von Betreuungsangeboten oder psychiatrischen Pflegewohnheimen, die in den Anwendungsbereich vorliegenden Dekretes fallen, müssen anerkannt sein.

§ 2 - Der Träger des Betreuungsangebotes oder des psychiatrischen Pflegewohnheims kann vor Ablauf der in Anwendung von Artikel 4 erteilten vorläufigen Anerkennung einen Antrag auf Anerkennung stellen. Die Regierung erteilt diese Anerkennung erst nach Ablauf der vorläufigen Anerkennung unbeschadet von Artikel 9.

Die Regierung erteilt einem Träger eine Anerkennung, wenn das Betreuungsangebot oder das psychiatrische Pflegewohnheim die durch die zuständigen Behörden festgelegten Bedingungen erfüllt. In besonders begründeten Fällen kann die Regierung bei der Anerkennung Abweichungen zu den von ihr festgelegten Bedingungen gewähren.

§ 3 - Die durch die Regierung festgelegten Anerkennungsbedingungen beziehen sich mit Ausnahme der Seniorenresidenzen insbesondere auf:

1. die Wahrung der persönlichen Rechte der Bewohner und Nutznießer unter Einbeziehung der ideologischen, philosophischen und religiösen Überzeugung;
2. die Achtung des Privatlebens und der Würde der Bewohner und Nutznießer;
3. den Respekt vor der Unabhängigkeit und der Wahlfreiheit der Bewohner und Nutznießer sowie das Recht auf Selbstverwirklichung;
4. den Einzug und die Kündigung;
5. die Mahlzeiten, Hygiene und Pflege;
6. die Beschaffenheit der Räumlichkeiten;
7. die spezifischen Sicherheitsvorkehrungen;
8. die Anzahl und Qualifikation der Personalmitglieder;
9. das Mitwirkungsrecht der Bewohner und Nutznießer, insbesondere was die Beteiligung an der Gestaltung der Lebensbedingungen in der Einrichtung betrifft;
10. das Konzept zur Organisation des Betreuungsangebotes;
11. die Buchführung;
12. die Rechte und Pflichten des Stellvertreters unbeschadet anders lautender zwingender Bestimmungen;
13. das Beschwerdenmanagement;
14. die Maßnahmen zur Qualitätssicherung;
15. das Konzept zur Sterbebegleitung.

Die durch die Regierung festgelegten Anerkennungsbedingungen für die Seniorenresidenzen beziehen sich insbesondere auf die Nrn. 1 bis 4, 6, 7 und 10.

§ 4 - Eine Anerkennung wird für einen bestimmten Träger für einen bestimmten Standort erteilt. Ein Verkauf oder ein Erwerb von Plätzen oder Dienstleistungen eines Betreuungsangebotes oder eines psychiatrischen Pflegewohnheimes ist untersagt, es sei denn, die Regierung genehmigt dies ausdrücklich auf Antrag in besonders begründeten Ausnahmefällen. Gestattet ist jedoch eine Übernahme von Plätzen oder Dienstleistungen durch einen anderen Träger ohne Standortwechsel. Der neue Träger muss daraufhin einen neuen Antrag auf Anerkennung stellen.

§ 5 - Die Anerkennung erfolgt für die Dauer von höchstens 6 Jahren. Sie kann mehrmals für eine Dauer von jeweils höchstens 6 Jahren verlängert werden.

Abschnitt 4 — Gemeinsame Bestimmungen

Art. 6 - Die in Artikel 2 §1 unter Nr. 2, 4, 5 und 6 erwähnten Betreuungsangebote müssen zur Genehmigung oder Anerkennung bei einem Altenwohnheim oder einem Alten- und Pflegewohnheim angesiedelt sein.

Art. 7 - Erst ab Inkrafttreten der vorläufigen Anerkennung beziehungsweise der Anerkennung darf der Träger ein Betreuungsangebot betreiben.

Art. 8 - Die in Artikel 2 §1 definierten Betreuungsangebote sind nur Senioren zugänglich.

Die Regierung kann in begründeten Ausnahmefällen anderen Altersgruppen den Zugang zu diesen Betreuungsangeboten erlauben.

Art. 9 - Der Träger von Seniorenresidenzen unterliegt ausschließlich einer Anerkennungspflicht.

Art. 10 - Unbeschadet anders lautender zwingender Bestimmungen legt die Regierung die Bedingungen und das Verfahren bezüglich der Erteilung, der Verweigerung und des Entzugs der Genehmigung, der vorläufigen Anerkennung, der Anerkennung und deren Verlängerung fest.

KAPITEL III — *Pilotprojekte*

Art. 11 - Die Regierung kann im Rahmen einer Konvention zwischen der Regierung und dem Träger Pilotprojekte fördern. Bei Pilotprojekten muss es sich um innovative Angebote im Bereich der Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren handeln.

Ein Jahr nach Umsetzung des Projektes reicht der Träger eine Auswertung bei der Regierung ein. Die Regierung entscheidet auf Basis der Auswertung und der Stellungnahme der Fachabteilung und nach Anhörung des Trägers über die weitere Förderung des Projektes.

KAPITEL IV — *Bezuschussung*

Art. 12 - § 1 - Der Träger einer anerkannten Tagesbetreuungsstätte kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen einen Funktionszuschuss beantragen. Der Träger reicht den Antrag bei der Regierung ein. Die Regierung entscheidet nach Gutachten der Fachabteilung.

§ 2 - Der Träger eines Pilotprojektes kann im Rahmen einer Konvention mit der Regierung einen Funktionszuschuss erhalten. Die Regierung entscheidet nach Gutachten der Fachabteilung. Der Antrag auf Funktionszuschuss muss folgende Angaben enthalten:

1. Identität und Statut des Trägers;
2. Detaillierte Beschreibung des Projektes, aus der der innovative Charakter des Projektes hervorgeht;
3. Zeitplan zur Durchführung des Projektes;
4. Auswertungskriterien des Projektes;
5. Kostenschätzung.

§ 3 - Der Träger einer Seniorenresidenz kann unter den im Rahmen des Infrastrukturdekretes vom 18. März 2002 definierten Bedingungen einen Infrastrukturzuschuss für die Schaffung eines Gemeinschaftsraumes beantragen. Der Träger reicht den Antrag entsprechend den im Rahmen des Infrastrukturdekretes definierten Verfahren ein.

§ 4 - Die Regierung legt jeweils die Höhe und die Modalitäten der in vorliegendem Artikel in § 1 und § 2 vorgesehenen Zuschussmöglichkeiten für Funktionszuschüsse fest.

KAPITEL V — *Kontrollbestimmung*

Art. 13 - Die im vorliegenden Dekret erwähnten Betreuungsangebote und psychiatrischen Pflegewohnheime unterstehen der Aufsicht der von der Regierung bezeichneten Beamten. Die Beamten können die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt für die Ausübung ihres Auftrags beantragen.

Die mit der Aufsicht beauftragten Beamten dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen eingehalten werden. Sie können insbesondere:

1. alle Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;
2. sich an Ort und Stelle alle durch vorliegendes Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen;
3. in alle Bücher und Unterlagen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig sind, Einsicht nehmen;
4. alle Räume der Einrichtung, die nicht als Wohnung dienen, jederzeit einsehen;
5. die Wohnungen mit Einverständnis des Bewohners einsehen;
6. in Ausübung ihres Amtes den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen;
7. die Untersuchungen und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung eines Vertreters des Trägers vornehmen. In diesem Fall erhält der Vertreter des Trägers anschließend eine sofortige Rückmeldung.

KAPITEL VI — *Strafbestimmungen*

Administrative Strafen

Art. 14 - § 1 - Die Regierung kann dem Träger die Genehmigung, die vorläufige Anerkennung oder die Anerkennung entziehen, wenn die Vorgaben, die diesen zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt werden.

§ 2 - Die Verweigerung oder der Entzug der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung hat mit Ausnahme der Seniorenresidenzen die Schließung der in Artikel 2 erwähnten Angebote zur Folge. Bietet ein Träger ohne die entsprechende Genehmigung oder Anerkennung ein in Artikel 2 definiertes Betreuungsangebot an, spricht die Regierung die Schließung des Angebotes aus.

Ab dem Zeitpunkt der Zustellung des Beschlusses zur Verweigerung oder zum Entzug der Anerkennung einer Seniorenresidenz ist es dem Träger untersagt, die Bezeichnung «Seniorenresidenz» für sein Angebot zu verwenden.

§ 3 - Die Regierung kann nach den durch sie festgelegten Bedingungen entscheiden, ein in Artikel 2 erwähntes Angebot aus volksgesundheitlichen Gründen oder Gründen der Sicherheit und der schweren Missachtung der anwendbaren Bestimmungen im Dringlichkeitsverfahren zu schließen. Die Schließung kann auch zeitlich begrenzt sein, wenn die Umstände, die zur Schließung geführt haben, nicht mehr vorhanden sind.

§ 4 - Werden im Rahmen der Ausübung der Aufsicht in der Einrichtung schwerwiegende Mängel in der Ausübung des Auftrages festgestellt und werden diese von dem Träger in der auferlegten Frist nicht behoben, kann die Regierung unbeschadet der Möglichkeit des Entzugs der Genehmigung, der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung einen kommissarischen Vertreter zu Lasten des Trägers für die Leitung des Betreuungsangebotes oder des psychiatrischen Pflegewohnheimes bestellen. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten, Bedingungen sowie Rechte und Pflichten des kommissarischen Vertreters fest.

§ 5 - Der Träger hat das Recht, bevor die Regierung in Anwendung vorliegenden Artikels eine Entscheidung trifft, von der Regierung angehört zu werden. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten und Bedingungen fest.

Strafrechtliche Strafen

Art. 15 - Wird zu einer Haftstrafe von acht Tagen bis zu 6 Monaten und/oder einer Geldstrafe von 26 bis zu 5.000 EUR verurteilt, wer:

1. ein Betreuungsangebot oder ein psychiatrisches Pflegeheim, auf das dieses Dekret Anwendung findet, ohne die entsprechende Genehmigung oder Anerkennung beziehungsweise nach deren Entzug ein solches anbietet beziehungsweise betreibt;
2. rechtswidrig behauptet, dass er über eine in diesem Dekret vorgesehene Anerkennung verfügt;
3. die Ausübung der in Artikel 13 vorgesehenen Kontrollen verweigert oder behindert.

KAPITEL VII - Schlussbestimmungen

Übergangsbestimmung

Art. 16 - § 1 - Betreuungsangebote, die vor Inkrafttreten vorliegenden Dekretes in Anwendung des Dekretes vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren anerkannt sind, verfügen über eine Frist von einem Jahr nach Inkrafttreten vorliegenden Dekretes, um die Bedingungen vorliegenden Dekretes zu erfüllen.

§ 2 - Betreuungsangebote, die in Anwendung des Dekretes vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren aufgrund der Anzahl betreuter Senioren keiner Genehmigungs- und Anerkennungsverpflichtung unterlagen, können ihre Tätigkeit bis zum Ableben der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorliegenden Dekretes betreuten Senioren ohne Genehmigung oder Anerkennung weiter betreiben.

Aufhebende Bestimmung

Art. 17 - Das Dekret vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren ist aufgehoben.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird. Eupen, den 4. Juni 2007.

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2006-2007*

Dokumente des Parlamentes : 89 (2006-2007) Nr. 1 Dekretentwurf

89 (2006-2007) Nr. 2 + 3 Abänderungsvorschläge

89 (2006-2007) Nr. 4 Bericht + Erratum

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 4. Juni 2007

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 3788

[C – 2007/33054]

4 JUIN 2007. — Décret relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

- 1° personnes âgées : les personnes âgées d'au moins 60 ans;
- 2° résidents : les personnes qui, en application du présent décret, sollicitent les structures d'hébergement décrites à l'article 2, § 1, 1°, 2° et 7°, et à l'article 2, § 2;
- 3° utilisateurs : les personnes âgées qui sollicitent les offres mentionnées à l'article 2, § 1, 3°, 4°, 5° et 6°;
- 4° pouvoir organisateur d'une offre de soins : toute personne physique ou morale qui assure une offre de soins définie par le présent décret;
- 5° représentant :
 - le représentant du résident d'un établissement, légal ou désigné par le juge;
 - le mandataire désigné par le résident d'un établissement au moyen d'un acte notarié, à l'exception des personnes occupées dans l'établissement hébergeant le résident;
- 6° division : la division du Ministère de la Communauté germanophone compétente pour le domaine de la santé;
- 7° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Champ d'application

Art. 2. § 1 - Le présent décret est applicable aux offres suivantes en matière de structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées en région de langue allemande, appelées ci-après «offres de soins» :

1° Maison de repos pour personnes âgées ou maison de repos et de soins : établissement dans lequel résident des personnes âgées qui y bénéficient de prestations de soins et d'accompagnement, de soins médicaux et d'un service ménager;

2° Résidence-services : établissement offrant aux personnes âgées, dans un ou plusieurs bâtiments, des logements individuels ainsi que des occupations et des prestations ménagères auxquelles les résidents peuvent faire librement appel et un service d'intervention d'urgence assuré par le personnel soignant de la maison de repos ou de la maison de repos et de soins. Un tel établissement ne peut assurer des prestations de soins permanentes;

3° Centre d'accueil de jour : établissement qui, durant le jour, propose aux personnes âgées un accompagnement, une occupation ainsi que des repas;

4° Centre de soins de jour : établissement qui, durant le jour, propose aux personnes âgées des soins, un accompagnement, une occupation ainsi que des repas;

5° Centre de soins de nuit : établissement où les personnes âgées ne peuvent bénéficier de soins et d'un accompagnement que pendant la nuit.

6° Place de court séjour : offre de prestations dans une maison de repos pour personnes âgées ou dans une maison de repos et de soins comprenant l'hébergement et l'accompagnement de personnes âgées ainsi que les soins pour une période maximale de trois mois par année civile;

7° Résidence pour seniors : établissement offrant, dans un ou plusieurs bâtiments, des logements individuels sans obstacle et des prestations ménagères organisées par les résidents ou auxquelles ils peuvent faire librement appel. Un tel établissement ne peut assurer des prestations de soins permanentes.

§ 2 - Le présent décret est également applicable aux maisons de soins psychiatriques régies par l'arrêté royal du 10 juillet 1990.

§ 3 - Les offres de soins à domicile ne tombent pas sous l'application du présent décret.

§ 4 - Les personnes âgées encadrées par des personnes qui sont parentes avec elles jusqu'au 3^e degré ne tombent pas sous l'application du présent décret. De plus, le décret n'est pas applicable aux personnes qui encadrent au plus 2 personnes âgées, dans la mesure où il est prouvé qu'elles ne poursuivent pas un but lucratif.

CHAPITRE II. — Agréation, autorisation et agréation provisoire

Section 1^{re} — Autorisation

Art. 3. Dans les cas suivants et sans préjudice de l'article 9, le pouvoir organisateur d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatriques doit, avant l'agréation provisoire, demander l'autorisation du Gouvernement pour :

1° la création ou la proposition d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatriques;

2° la transformation ou la mise en service d'un bâtiment existant en vue de la création ou la proposition d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatriques;

3° la modification de la capacité d'accueil d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatriques existante.

L'autorisation ne peut être délivrée que si le projet fait partie, au moment de la demande, d'un programme fixé par le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le Gouvernement fédéral.

L'autorisation est délivrée pour une période de trois ans au plus.

Section 2 — Agréation provisoire

Art. 4. § 1 - Le pouvoir organisateur d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatriques peut introduire une demande d'agréation provisoire avant l'échéance de l'autorisation octroyée en application de l'article 3.

Le Gouvernement octroie une agréation provisoire lorsque les conditions fixées à l'article 5, § 3 sont remplies. Dans des cas exceptionnels particulièrement motivés, le Gouvernement peut, dans le cadre de l'agréation provisoire, autoriser des dérogations aux conditions fixées par lui.

L'agréation provisoire est accordée pour une période de 6 mois et peut, dans des cas exceptionnels particulièrement motivés, être prolongée de 6 mois au plus.

§ 2 - Lors de la reconversion de places de maison de repos pour personnes âgées en places de maison de soins, le Gouvernement peut octroyer une agréation en application de l'article 5, § 2, alinéa 2 et § 3, sans consentir au préalable une agréation provisoire au pouvoir organisateur. Les pouvoirs organisateurs qui disposent de places de maison de soins en raison d'une reconversion de places de maison de repos doivent remplir tant les normes fixées pour l'agréation d'une maison de repos que celles fixées pour l'agréation d'une maison de repos et de soins.

Section 3 — Agréation

Art. 5. § 1 - Tous les pouvoirs organisateurs d'offres de soins et de maisons de soins psychiatriques tombant sous l'application du présent décret doivent être agréés.

§ 2 - Le pouvoir organisateur d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatriques peut introduire une demande d'agréation avant l'échéance de l'agréation provisoire octroyée en application de l'article 4. Sans préjudice de l'article 9, le Gouvernement n'octroie cette agréation qu'à l'expiration de l'agréation provisoire.

Le Gouvernement octroie une agréation au pouvoir organisateur lorsque l'offre de soins ou la maison de soins psychiatriques remplit les conditions fixées par les autorités compétentes. Dans des cas exceptionnels particulièrement motivés, le Gouvernement peut, dans le cadre de l'agréation, autoriser des dérogations aux conditions fixées par lui.

§ 3 - Sauf en ce qui concerne les résidences pour seniors, les conditions d'agréation fixées par le Gouvernement se rapportent notamment :

1° au respect des droits personnels des résidents et utilisateurs en tenant compte des convictions idéologiques, philosophiques et religieuses;

2° au respect de la vie privée et de la dignité des résidents et utilisateurs;

3° au respect de l'indépendance et de la liberté de choix des résidents et utilisateurs ainsi qu'au droit à la réalisation de soi;

4° à l'accueil et à la résiliation;

5° aux repas, à l'hygiène et aux soins;

6° à l'aménagement des locaux;

7° aux mesures spécifiques de sécurité;

8° au nombre de membres du personnel et à leur qualification;

9° au droit de codécision des résidents et utilisateurs, notamment en ce qui concerne l'élaboration des conditions de vie dans l'établissement;

10° au concept quant à l'organisation de l'offre de soins;

11° à la comptabilité;

12° aux droits et devoirs des représentants, sans préjudice de dispositions contraignantes contraires;

13° à la gestion des plaintes;

14° aux mesures visant à garantir la qualité,

15° au concept de l'accompagnement des mourants.

Les conditions d'agrément fixées par le Gouvernement en ce qui concerne les résidences pour seniors se rapportent notamment aux points 1° à 4°, 6°, 7° et 10°.

§ 4 - L'agrément est octroyée pour un pouvoir organisateur précis, pour une implantation précise. La vente ou l'acquisition de places ou services d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatrique est interdite, à moins que le Gouvernement ne l'autorise explicitement, sur demande, dans des cas exceptionnels particulièrement motivés. Une reprise de places ou de services par un autre pouvoir organisateur sans changement d'implantation est toutefois permise. Le nouveau pouvoir organisateur doit alors introduire une nouvelle demande d'agrément.

§ 5 - L'agrément est accordée pour une période de 6 ans au plus. Elle peut être prolongée à plusieurs reprises, chaque fois pour 6 ans au plus.

Section 4 — Dispositions communes

Art. 6. En vue de l'autorisation ou de l'agrément, les offres de soins mentionnées à l'article 2, § 1, 2°, 4°, 5° et 6°, doivent être implantées dans une maison de repos pour personnes âgées ou dans une maison de repos et de soins.

Art. 7. C'est seulement à partir de l'entrée en vigueur de l'agrément provisoire ou de l'agrément que le pouvoir organisateur peut exploiter une offre de soins.

Art. 8. Les offres de soins définies à l'article 2, § 1, ne sont accessibles qu'aux personnes âgées.

Le Gouvernement peut, dans des cas particuliers justifiés, accorder à d'autres classes d'âge l'accès à ces offres de soins.

Art. 9. Le pouvoir organisateur de résidences pour seniors est uniquement soumis à l'obligation d'agrément.

Art. 10. Sauf dispositions contraignantes contraires, le Gouvernement fixe les conditions et la procédure pour l'octroi, le refus et le retrait de l'autorisation, de l'agrément provisoire, de l'agrément et pour leur prolongation.

CHAPITRE III. — Projets-pilotes

Art. 11. Dans le cadre d'une convention entre le Gouvernement et le pouvoir organisateur, le Gouvernement peut soutenir des projets-pilotes. Les projets-pilotes doivent être des offres innovatrices dans le domaine des structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées.

Un an après la réalisation du projet, le pouvoir organisateur introduit une évaluation auprès du Gouvernement. Le Gouvernement statue sur la future promotion du projet sur base de l'évaluation et de l'avis de la division, après avoir entendu le pouvoir organisateur.

CHAPITRE IV. — Subsidiation

Art. 12. § 1 - Aux conditions fixées par le Gouvernement, le pouvoir organisateur d'un centre d'accueil de jour agréé peut solliciter un subside de fonctionnement. Le pouvoir organisateur introduit la demande auprès du Gouvernement. Le Gouvernement statue sur avis de la division.

§ 2 - Le pouvoir organisateur d'un projet-pilote peut solliciter un subside de fonctionnement dans le cadre d'une convention conclue avec le Gouvernement. Le Gouvernement statue sur avis de la division. La demande doit comporter les éléments suivants :

1° l'identité et les statuts du pouvoir organisateur;

2° la description détaillée du projet, démontrant son caractère innovateur;

3° la programmation temporelle du projet;

4° les critères d'évaluation du projet;

5° l'estimation du coût.

§ 3 - Aux conditions fixées dans le cadre du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, le pouvoir organisateur d'une résidence pour seniors peut solliciter un subside pour la création d'un espace communautaire. Le pouvoir organisateur introduit la demande conformément à la procédure définie dans le cadre du décret relatif à l'infrastructure.

§ 4 - Le Gouvernement détermine le montant et les modalités des subsides de fonctionnement possibles prévus aux §§ 1 et 2 du présent article.

CHAPITRE V. — *Dispositions relatives au contrôle*

Art. 13. Les offres de soins et maisons de soins psychiatriques mentionnées dans le présent décret sont soumises à la surveillance des agents désignés par le Gouvernement. Les agents peuvent demander le soutien de représentants de la force publique pour exercer leur mission.

Les agents chargés de la surveillance peuvent procéder à toutes les enquêtes, à tous les contrôles et à toutes les informations et collecter tous renseignements qu'ils estiment nécessaires pour s'assurer que les dispositions du présent décret et ses dispositions d'exécution sont respectées.

Ils peuvent notamment :

- 1° interroger toute personne quant à des faits dont la connaissance est utile à l'exercice de la surveillance;
- 2° se faire produire sans déplacement tous les livres et documents prescrits par ce décret et ses dispositions d'exécution et en établir des copies ou extraits;
- 3° compiler tous les livres et documents nécessaires pour remplir leur mission;
- 4° visiter en tout temps tous les locaux de l'établissement qui ne constituent pas une habitation;
- 5° visiter les habitations, moyennant l'accord du résident;
- 6° demander l'aide de la police locale ou fédérale dans l'exercice de leur fonction;
- 7° procéder aux enquêtes et contrôles sans annonce préalable et sans être accompagné par un représentant du pouvoir organisateur. Dans ce cas, le représentant du pouvoir organisateur reçoit un feedback immédiat.

CHAPITRE VI. — *Dispositions pénales*

Sanctions administratives

Art. 14. § 1 - Le Gouvernement peut retirer l'autorisation, l'agrégation provisoire ou l'agrégation au pouvoir organisateur lorsque les conditions mises à leur octroi ne sont plus remplies.

§ 2 - Le refus ou le retrait de l'agrégation provisoire ou de l'agrégation entraîne la fermeture des offres mentionnées à l'article 2, sauf en ce qui concerne les résidences pour seniors. Si un pouvoir organisateur propose, sans disposer de l'autorisation ou de l'agrégation, une offre de soins définie à l'article 2, le Gouvernement prononce la fermeture.

À partir de la notification de la décision portant refus ou retrait de l'agrégation d'une résidence pour seniors, il est interdit au pouvoir organisateur d'appeler son offre «résidence pour seniors».

§ 3 - Aux conditions fixées par lui, le Gouvernement peut - pour des raisons de santé publique, de sécurité et de non-respect caractérisé des dispositions applicables - décider de fermer d'urgence une offre mentionnée à l'article 2. La fermeture peut aussi être temporaire lorsque les circonstances ayant mené à la fermeture n'existent plus.

§ 4 - Si, dans le cadre de l'exercice de la surveillance, des manquements graves dans l'exécution de la mission sont constatés dans un établissement et que le pouvoir organisateur n'y remédie pas dans le délai imparti, le Gouvernement peut désigner aux frais du pouvoir organisateur un commissaire chargé d'assurer la direction de l'offre de soins ou de la maison de soins psychiatriques, et ce sans préjudice de la possibilité d'un retrait de l'autorisation, de l'agrégation provisoire ou de l'agrégation. Le Gouvernement fixe les modalités et conditions en la matière ainsi que les droits et devoirs du commissaire.

§ 5 - Avant que le Gouvernement ne statue en application du présent article, le pouvoir organisateur a le droit d'être entendu par lui. Le Gouvernement fixe les modalités et conditions en la matière.

Sanctions pénales

Art. 15. Est passible d'une peine d'emprisonnement de 8 jours à 6 mois et/ou d'une amende de 26 à 5.000 EUR, celui qui

- 1° propose une offre de soins ou une maison de soins psychiatriques auxquelles le présent décret est applicable sans l'autorisation ou agrégation y afférente ou après leur retrait;
- 2° en violation du droit, se prévaut de disposer d'une agrégation prévue dans ce décret;
- 3° refuse ou entrave l'exercice de la surveillance prévue à l'article 13.

CHAPITRE VII. — *Dispositions finales*

Disposition transitoire

Art. 16. § 1 - Les offres de soins agréées avant l'entrée en vigueur du présent décret en application du décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrégation et à la subvention de structures d'accueil pour seniors disposent d'un délai d'un an à dater de l'entrée en vigueur du présent décret pour en remplir les conditions.

§ 2 - Les offres de soins qui, en application du décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrégation et à la subvention de structures d'accueil pour seniors, n'étaient soumises à aucune obligation d'autorisation ou d'agrégation en raison du nombre de personnes âgées encadrées peuvent continuer leurs activités sans autorisation ou agrégation jusqu'au décès des personnes encadrées au moment de l'entrée en vigueur du présent décret.

Disposition abrogatoire

Art. 17. Le décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrégation et à la subsidiation de structures d'accueil pour seniors est abrogé.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 4 juin 2007.

K.-H. LAMBERTZ

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

Mme I. WEYKMANS

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Note

(1) *Session 2006-2007*

Documents parlementaires : 89 (2006-2007) N° 1 Projet de décret

89 (2006-2007) N° 2+3 Propositions d'amendement

89 (2006-2007) N° 4 Rapport

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 4 juin 2007

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 3788

[C - 2007/33054]

4 JUNI 2007. — Decreet betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Definities

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

- 1° bejaarden : de personen van ten minste 60 jaar;
- 2° inwonenden : de personen die, met toepassing van dit decreet, een beroep doen op de in artikel 2, § 1, 1°, 2°, 7°, en in artikel 2, § 2, beschreven woonstructuren;
- 3° gebruikers : de bejaarden die een beroep doen op de in artikel 2, § 1, 3°, 4°, 5° en 6° vermelde aanbiedingen;
- 4° inrichtende macht van een zorgaanbod : elke natuurlijke of rechtspersoon die een in dit decreet gedefinieerd zorgaanbod levert;
- 5° vertegenwoordiger :
 - de wettelijke of de door de rechter aangewezen vertegenwoordiger van de inwonende bij een inrichting;
 - de door de inwonende van een inrichting bij notariële akte aangewezen gevolmachtigde, met uitzondering van de personen die werkzaam zijn in de inrichting waarin de inwonende verblijft;
- 6° afdeling : de afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Gezondheid;
- 7° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Toepassingsgebied

Art. 2. § 1 - Dit decreet is van toepassing op de hierna volgende aanbiedingen op het gebied van de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden in het Duitse taalgebied, hierna «zorgaanbiedingen» genoemd :

- 1° Rustoord voor bejaarden of rust-en verzorgingstehuis : inrichting waar bejaarden verblijven en verzorgings- en begeleidingsprestaties, medische verzorging alsmede een huishoudelijke dienst genieten;
- 2° Serviceflatgebouw : inrichting die aan de bejaarden - in één of meerdere gebouwen - individuele woningen, activiteitsmogelijkheden alsmede huishoudelijke dienstprestaties aanbiedt waarop de inwonenden vrij een beroep kunnen doen alsmede een dienst voor noodhulp die door het verzorgingspersoneel van het rustoord voor bejaarden of van het rust- of verzorgingstehuis wordt waargenomen. In zo'n inrichting kunnen verzorgingsprestaties niet voortdurend worden gewaarborgd;
- 3° Dagopvangcentrum : inrichting die bejaarden overdag begeleidt en hen activiteitsmogelijkheden alsmede maaltijden aanbiedt;
- 4° Dagverzorgingscentrum : inrichting die bejaarden overdag verzorgt, begeleidt en hen activiteitsmogelijkheden alsmede maaltijden aanbiedt;
- 5° Nachtverzorgingscentrum : inrichting die bejaarden uitsluitend 's nachts verzorgt en begeleidt;
- 6° Plaats voor kort verblijf : dienstaanbod in een rustoord voor bejaarden of een rust- of verzorgingstehuis dat het verblijf, de verzorging en de begeleiding van bejaarden voor een maximale duur van drie maanden per kalenderjaar inhoudt;

7° Seniorenresidentie : inrichting die in één of meerdere gebouwen barrièrevrije individuele woningen alsmede huishoudelijke dienstprestaties aanbiedt die door de inwonenden georganiseerd worden en waarop deze vrij een beroep kunnen doen. In zo'n inrichting kunnen verzorgingsprestaties niet worden gewaarborgd.

§ 2 - Dit decreet is ook van toepassing op psychiatrische verzorgingstehuizen geregeld bij het koninklijk besluit van 10 juli 1990.

§ 3 - De aanbiedingen inzake thuiszorg vallen niet onder het toepassingsgebied van dit decreet.

§ 4 - Bejaarden die begeleid worden door verwanten tot de derde graad, vallen niet onder het toepassingsgebied van dit decreet. Bovendien is dit decreet niet van toepassing op personen die ten hoogste 2 bejaarden begeleiden, voor zover bewezen wordt dat ze geen winstoogmerk nastreven.

HOOFDSTUK II. — *Erkenning, toelating en voorlopige erkenning*

Afdeling 1 — Toelating

Art. 3. Onverminderd artikel 9 moet de inrichtende macht van een zorgaanbod of een psychiatrische verzorgingstehuis, in de volgende gevallen, vóór de voorlopige erkenning bij de Regering een toelating aanvragen om :

- 1° een zorgaanbod of een psychiatrisch verzorgingstehuis aan te bieden of te creëren;
- 2° een bestaand gebouw om te bouwen of in gebruik te nemen ten einde een zorgaanbod of een psychiatrisch verzorgingstehuis te leveren resp. aan te bieden;
- 3° de opvangcapaciteit van een bestaand zorgaanbod of psychiatrisch verzorgingstehuis te wijzigen.

De toelating mag slechts worden toegekend, als het project op het tijdstip van de aanvraag deel uitmaakt van een programma opgesteld door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap of door de Federale Regering.

De toelating wordt voor ten hoogste 3 jaar toegekend.

Afdeling 2 — Voorlopige erkenning

Art. 4. § 1 - De inrichtende macht van een zorgaanbod of van een psychiatrisch verzorgingstehuis kan een aanvraag tot voorlopige erkenning indienen vóór het verstrijken van de met toepassing van artikel 3 toegekende toelating.

De Regering kent een voorlopige erkenning toe, wanneer aan de in uitvoering van artikel 5, § 3, vastgelegde voorwaarden wordt voldaan. In het kader van de voorlopige erkenning kan de Regering, in bijzonder gerechtvaardigde gevallen, afwijkingen van de door haar vastgelegde voorwaarden toestaan.

De voorlopige erkenning wordt voor 6 maanden toegekend en kan, in bijzonder gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen, voor ten hoogste 6 maanden worden verlengd.

§ 2 - Indien erkende rustoordplaatsen in verzorgingstehuisplaatsen omgevormd worden, kan de Regering met toepassing van artikel 5, § 2, lid 2, en § 3, een erkenning toekennen zonder de inrichtende macht vooraf een voorlopige erkenning te verlenen. De inrichtende machten die vanwege de omvorming van rustoordplaatsen over verzorgingstehuisplaatsen beschikken, dienen zowel de normen vereist voor de erkenning van een rustoord voor bejaarden als die vereist voor de erkenning van een rust- en verzorgingstehuis te vervullen.

Afdeling 3 — Erkenning

Art. 5. § 1 - Alle inrichtende machten van zorgaanbiedingen of van psychiatrische verzorgingstehuizen die onder het toepassingsgebied van dit decreet vallen, moeten erkend worden.

§ 2 - De inrichtende macht van een zorgaanbod of van een psychiatrisch verzorgingstehuis kan een aanvraag tot erkenning indienen vóór het verstrijken van de met toepassing van artikel 4 toegekende voorlopige erkenning. Onverminderd artikel 9 kent de Regering deze erkenning slechts na het verstrijken van de voorlopige erkenning toe.

De Regering kent een inrichtende macht een erkenning toe, wanneer het zorgaanbod of het psychiatrisch verzorgingstehuis aan de door de bevoegde overheden vastgelegde voorwaarden voldoet. In bijzonder gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen kan de Regering, in het kader van de erkenning, afwijkingen van de door haar vastgelegde voorwaarden toestaan.

§ 3 - Behalve voor de seniorenresidenties betreffen de door de Regering vastgelegde erkenningsvoorwaarden in het bijzonder :

- 1° de inachtneming van de persoonlijke rechten van de inwonenden en van de gebruikers, rekening houdend met de ideologische, filosofische en godsdienstige overtuigingen;
- 2° het eerbiedigen van het privé-leven en van de waardigheid van de inwonenden en gebruikers;
- 3° de inachtneming van de onafhankelijkheid en keuzevrijheid van de inwonenden en gebruikers alsmede van het recht tot zelfverwezenlijking;
- 4° de opvang en de opzegging;
- 5° de maaltijden, de hygiëne en de verzorging;
- 6° de inrichting van de ruimten;
- 7° de specifieke veiligheidsmaatregelen;
- 8° het aantal en de kwalificatie van de personeelsleden;
- 9° het medebeslissingsrecht van de inwonenden en gebruikers, inzonderheid wat het vaststellen van de levensomstandigheden in de inrichting betreft;
- 10° het concept m.b.t. de organisatie van het zorgaanbod;
- 11° de boekhouding;
- 12° de rechten en plichten van de vertegenwoordiger, onverminderd andersluidende bindende bepalingen;
- 13° het beheer van de klachten;
- 14° de maatregelen tot kwaliteitsverzekering;
- 15° het concept «begeleiding van de stervenden».

De door de Regering voor de seniorenresidenties vastgelegde erkenningsvoorwaarden betreffen in het bijzonder de punten 1° tot 4°, 6°, 7° en 10°.

§ 4 - Een erkenning wordt voor een bepaalde inrichtende macht en voor een bepaalde vestiging toegekend. Een verkoop of aanschaffing van plaatsen of dienstprestaties van een zorgaanbod of van een psychiatrisch verzorgingstehuis zijn verboden, tenzij de Regering het op verzoek en in bijzonder gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen uitdrukkelijk toelaat. De overname van plaatsen of dienstprestaties door een inrichtende macht zonder vestigingsplaatswijziging is echter toegelaten. In dit geval moet de nieuwe inrichtende macht een nieuwe erkenningsaanvraag indienen.

§ 5 - De erkenning wordt voor ten hoogste 6 jaar toegekend en kan meermaals voor ten hoogste 6 jaar worden verlengd.

Afdeling 4 — Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 6. Met het oog op de toelating of erkenning moeten de in artikel 2, § 1, 2°, 4°, 5° en 6°, vermelde zorgaanbiedingen bij een rustoord voor bejaarden of een rust- of verzorgingstehuis worden aangesloten.

Art. 7. De inrichtende macht mag slechts vanaf de inwerkingtreding van de voorlopige erkenning of van de erkenning een zorgaanbod leveren.

Art. 8. De in artikel 2, § 1, gedefinieerde zorgaanbiedingen zijn slechts voor bejaarden toegankelijk.

In gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen kan de Regering andere leeftijdsklassen de toegang tot deze zorgaanbiedingen toestaan.

Art. 9. De inrichtende macht van seniorenresidenties is slechts aan de erkenningsplicht onderworpen.

Art. 10. Onverminderd andersluidende bindende bepalingen legt de Regering de voorwaarden en de procedure m.b.t. de toekenning, weigering of intrekking van de toelating, van de voorlopige erkenning, de erkenning alsmede m.b.t. de verlenging ervan vast.

HOOFDSTUK III. — Pilotprojecten

Art. 11. In het kader van een overeenkomst afgesloten tussen de Regering en de inrichtende macht kan de Regering pilootprojecten ondersteunen. Pilotprojecten moeten innovatieve aanbiedingen op het gebied van de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden zijn.

Eén jaar na de verwezenlijking van het project dient de inrichtende macht een evaluatie bij de Regering in. De Regering beslist over de verdere promotie van het project op basis van de evaluatie en van het advies van de afdeling, na de inrichtende macht te hebben gehoord.

HOOFDSTUK IV. — Subsidiëring

Art. 12. § 1 - Onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden kan de inrichtende macht van een erkend dagopvangscentrum een werkingstoelage aanvragen. De inrichtende macht dient een aanvraag bij de Regering in. De Regering beslist na advies van de afdeling.

§ 2 - De inrichtende macht van een pilootproject kan in het kader van een overeenkomst met de Regering een werkingsubsidie aanvragen. De Regering beslist na advies van de afdeling. De aanvraag moet de volgende gegevens omvatten :

- 1° de identiteit en de statuten van de inrichtende macht;
- 2° de gedetailleerde beschrijving van het project waaruit het innovatief karakter ervan blijkt;
- 3° de timing van de verwezenlijking van het project;
- 4° de evaluatiecriteria m.b.t. het project;
- 5° de kostenraming.

§ 3 - Onder de in het kader van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur bepaalde voorwaarden kan de inrichtende macht van een seniorenresidentie een subsidie aanvragen voor de oprichting van een communautaire ruimte. De inrichtende macht dient een aanvraag in overeenkomstig de in het kader van het decreet bepaalde procedures in.

§ 4 - De Regering legt het bedrag en de modaliteiten vast voor de subsidiëringmogelijkheden inzake infrastructuur bepaald in de §§ 1 en 2 van voorliggend artikel.

HOOFDSTUK V. — Toezichtsbepalingen

Art. 13. De in dit decreet vermelde zorgaanbiedingen en psychiatrische verzorgingstehuizen zijn aan het toezicht van de door de Regering aangewezen ambtenaren onderworpen. Met het oog op de uitoefening van hun opdracht mogen deze ambtenaren een beroep doen op de steun van vertegenwoordigers van de openbare macht.

De met het toezicht belaste ambtenaren mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan nageleefd worden. Zij kunnen inzonderheid :

- 1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig kan zijn voor de uitoefening van het toezicht;
- 2° ter plaatse kennis nemen van alle boeken en bescheiden voorgeschreven door dit decreet en zijn uitvoeringsbepalingen en afschriften of uittreksels ervan vervaardigen;
- 3° alle boeken en bescheiden inzien die noodzakelijk zijn om hun opdracht te vervullen;
- 4° op om het even welk ogenblik alle ruimten van de inrichting bezoeken die geen woning zijn;
- 5° de woningen mist toestemming van de inwonende bezoeken;
- 6° in de uitoefening van hun ambt een beroep doen op de hulp van de gemeentelijke of federale politie;
- 7° de onderzoeken en controles uitvoeren zonder voorafgaande aanmelding en zonder door een vertegenwoordiger van de inrichtende macht begeleid te worden. In dit geval krijgt de vertegenwoordiger van de inrichtende macht onmiddellijk feedback.

HOOFDSTUK VI. — *Strafbepalingen*

Administratieve straffen

Art. 14. § 1 - De Regering kan de inrichtende macht haar toelating, voorlopige erkenning of erkenning intrekken als de vereiste voorwaarden niet meer vervuld zijn.

§ 2 - De weigering of intrekking van de voorlopige erkenning resp. de erkenning heeft de sluiting van de in artikel 2 bepaalde aanbiedingen tot gevolg, behalve wat de seniorenresidenties betreft. Indien een inrichtende macht een in artikel 2 gedefinieerd zorgaanbod verleent zonder de dienovereenkomstige toelating of erkenning, dan spreekt de Regering de sluiting van het zorgaanbod uit.

Vanaf de betekening van de beslissing m.b.t. de weigering of intrekking van de erkenning als seniorenresidentie mag de inrichtende macht de benaming «seniorenresidentie» niet meer gebruiken voor zijn aanbod.

§ 3 - Overeenkomstig de door haar vastgelegde voorwaarden kan de Regering besluiten een in artikel 2 vermeld aanbod dringend te sluiten om volksgezondheids- of veiligheidsredenen of wegens kennelijke niet-naleving van de toepasselijke bepalingen. De sluiting kan ook voorlopig zijn, als de omstandigheden die tot die sluiting leidden niet meer bestaan.

§ 4 - Indien in het kader van de uitoefening van het toezicht ernstige tekortkomingen in verband met de opdracht worden vastgesteld en worden deze niet binnen de gestelde termijn door de inrichtende macht opgeheven, dan kan de Regering ten laste van de inrichtende macht een commissaris aanwijzen om de directie van het zorgaanbod of van het psychiatrisch verzorgingstehuis waar te nemen, en dit onverminderd de mogelijkheid de toelating, de erkenning of de voorlopige erkenning in te trekken. De Regering bepaalt de modaliteiten en voorwaarden terzake alsmede de rechten en plichten van de commissaris.

§ 5 - Voordat de Regering met toepassing van voorliggend artikel een beslissing neemt, heeft de inrichtende macht het recht door haar gehoord te worden. De Regering bepaalt de modaliteiten en voorwaarden terzake.

Strafrechtelijke sancties

Art. 15. Wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en/of met een geldboete van 26 tot 5.000 EUR wie

1° zonder toelating of erkenning of na de intrekking ervan een zorgaanbod of psychiatrisch verzorgingstehuis, waarop dit decreet toepasselijk is, levert resp. aanbiedt;

2° de erkenning waarin dit decreet voorziet illegaal aanvoert;

3° de uitoefening van het toezicht, waarin artikel 13 voorziet, weigert of belemmert.

HOOFDSTUK VII : Slotbepalingen

Overgangsbepaling

Art. 16. § 1 - Zorgaanbiedingen die vóór de inwerkingtreding van dit decreet met toepassing van het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden erkend werden, hebben na de inwerkingtreding van dit decreet één jaar tijd om aan de voorwaarden ervan.

§ 2 - Zorgaanbiedingen die met toepassing van het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden geen toelating of erkenning nodig hadden op grond van het aantal begeleide bejaarden, mogen hun activiteit zonder toelating of erkenning voortzetten tot het overlijden van de bejaarden die bij de inwerkingtreding van voorliggend besluit begeleid worden.

Opheffingsbepaling

Art. 17. Het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden wordt opgeheven.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen op 4 juni 2007.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Mevr. I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Nota

(1) *Zitting 2006-2007*

Parlementaire stukken : 89 (2006-2007) Nr 1 Ontwerp van decreet

89 (2006-2007) Nr 2+3 Voorstellen tot wijziging

89 (2006-2007) Nr 4 Verslag

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Zitting van 4 juni 2007